

presse

FernUniversität in Hagen: Engagement des Bundes sinnvoll

Zu den Plänen von Bundesministerin Schavan, die FernUniversität in Hagen zur Bundesuniversität zu machen, erklären der stellvertretende bildungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagfraktion Swen Schulz sowie der stellvertretende forschungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion René Röspel:

Der Gedanke von Bundesministerin Schavan, die FernUniversität in Hagen in die Zuständigkeit des Bundes zu überführen, ist unterstützenswert.

Bereits heute ist die FernUniversität Hagen eine bundesweit einzigartige und leistungsstarke Einrichtung. Sie ist mit mehr als 74.000 Studierenden die größte Hochschule und bietet mit ihren Fernstudienangeboten deutschlandweit die Möglichkeit, ein Studium aufzunehmen. Auch für Berufstätige ist sie sehr geeignet. Zudem leben zwei Drittel der Studierenden nicht in Nordrhein-Westfalen.

Bislang wurde die FernUni in Hagen fast ausschließlich durch das Land Nordrhein-Westfalen finanziert. Aufgrund des großen Interesses der Studierenden ist das Land allerdings an seine finanziellen Grenzen angelangt. Demnach wäre es nur mehr als zu begrüßen, wenn hier der Bund unterstützend tätig werden würde.

Mit dieser Planung befindet sich Frau Schavan auf einem guten Weg. Es geht aber um mehr. Der Bund muss sich deutlich stärker als bislang für die Hochschulen und die Studierenden engagieren. Frau Schavan muss sich endlich dazu äußern, wie es mit dem Hochschulpakt weitergeht. Denn der ist deutlich zu schwach, um der Nachfrage nach Studienplätzen auch nur einigermaßen gerecht zu werden. Der Pakt muss mit Blick auf die steigende Nachfrage und auch die Aussetzung der Wehrpflicht aufgestockt und über das Jahr 2015 hinaus verlängert werden, damit die Hochschulen und die Studieninteressierten Planungssicherheit erhalten.